



GdP aktiv

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI * Kreisgruppe Mannheim

Ausgabe 4
01.02.2012

Polizeistrukturreform:
Viel Skepsis aber auch Lob
(Titelseite)

Polizeistrukturreform:
Die Grundzüge der GdP und was manche daraus machen!
Von Rüdiger Seidenspinner
(Seite 2 bis 3)

Strukturreform der Polizei Baden-Württemberg
- eine erste persönliche Bewertung aus der Sicht eines Kriminalbeamten -
(Seite 4 bis 5)

Polizeistrukturreform:
Die Autobahnpolizei wird wieder geopfert!
(Seite 6)

Polizeistrukturreform:
Viele Leserbriefreichte die Redaktion
(Seite 7 bis 8)

Strukturreform:
Reutlingens Leitender Polizeidirektor Franz Lutz vertritt offensiv und optimistisch die neue Linie
(Seite 9 bis 10)

GdP Web-Tagung in Fulda:
Redakteure trafen sich nicht nur zum Erfahrungsaustausch
(Seite 10)

Impressum:
Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Mannheim,
Vorstandschäft, B 6, 4-5
68159 Mannheim
Tel.: 0621/174-4226
Fax: 0621/174-3999
info@gdpmannheim.de
www.gdpmannheim.de



Wird die Polizei des Landes durch die Strukturreform systematisch zerlegt? Foto: ZG

Polizeistrukturreform: Viel Skepsis aber auch Lob

Stuttgart - Ob Innenminister Reinhold Gall gelingt, was seinem SPD-Parteifreund Frieder Birzele einst versagt blieb? Birzele leitete das Innenressort zu Zeiten der Großen Koalition in den Jahren 1992 bis 1996. Auch er wollte damals Polizeidirektionen fusionieren: 14 bis 18 Standorte hatte er damals auf Anraten eines externen Beratungsbüros vorgeschlagen. Doch Ministerpräsident Erwin Teufel legte sein Veto ein. Landräte und Kommunalpolitiker hatten sich erfolgreich gegen den Verlust ihrer Polizeidirektion gewehrt. Diesmal stellt die SPD zwar wieder

nicht den Regierungschef, doch die CDU sitzt in der Opposition. Die CDU-Abgeordneten haben an Einfluss verloren, sind aber immer noch in der Lage, vor Ort den Protest der kommunalen Amtsträger zu mobilisieren. Offiziell äußert sich die Opposition im Landtag noch zurückhaltend. Man wolle Gall die Chance geben, sein Konzept im Detail darzulegen, heißt es. Das wird am Dienstag geschehen. Parlamentspräsident Guido Wolf (CDU), ehemaliger Landrat in Tuttlingen, sagt, er halte "eine Identität von Gebietskörperschaft und Polizeistruktur für

sinnvoll". Im Klartext: die Polizeidirektionen sollten mit den Landkreisen deckungsgleich sein. Das erleichtere etwa den Sozial- oder Jugendämtern die Zusammenarbeit mit der Polizei. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagt, die Polizei zeige "gute Ergebnisse, weil sie ist, wie sie ist".
(Quelle: Auszugsweise Stuttgarter Nachrichten)

Dieses Thema beschäftigt derzeit die Polizei und aus diesem Anlass gibt es mehrere Stimmungsbilder in dieser Ausgabe der GdP-digit@l.

Red.

Gewerkschaft der Polizei - Jetzt noch (ge-) wichtiger denn je!

Polizeistrukturreform:

Die Grundzüge der GdP und was manche daraus machen!

Von Rüdiger Seidenspinner

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Zeit werden Organigramme und Tabellen im Land verteilt die für Unruhe und voreilige Schlussfolgerungen sorgen. Diese Papiere haben NICHTS mit den Eckpunkten der Polizeireform, welche eine Arbeitsgruppen von Polizeixperten erarbeitet haben und die der Innenminister am 25.01.2012 vorgestellt hat, zu tun. Diese Arbeitsgruppe hätte man sich sonst sparen können.

Sie stammen aus dem Jahre 2005 und wurden unter Federführung des PD-Leiters der PD Mosbach erstellt.

In diesem Zusammenhang möchte ich euch nochmals die Grundzüge der GdP darlegen:

1. die Organisationsuntersuchung und -Straffung wäre sowieso gekommen

⇒ *weil die Politik, zumindest die neue Landesregierung, einen Veränderungsbedarf sieht und dies so im Koalitionsvertrag niedergeschrieben hat – siehe S 64: „Zu einer effizienten Polizei gehören leistungsfähige Strukturen. Wir werden die Polizeistrukturen überprüfen mit dem Ziel, die Basisdienststellen zu stärken, Freiräume für operative Schwerpunkte zu gewinnen und insgesamt die Aufgabenwahrnehmung bei flachen Hierarchien noch erfolgreicher zu gestalten. An diesem ergebnisoffenen Prozess werden wir alle Betroffenen von Anfang an beteiligen.“*

⇒ *weil uns der Innenminister schon in den ersten Gesprächen sagte, dass in der Polizei, insbesondere in der Polizeiführung, ein hoher Bedarf an Reformwillen zu erkennen sei. Diese dringend notwendi-*

gen Reformen seien bisher an den politischen Rahmenbedingungen gescheitert.

⇒ *weil die Polizei zu den, ebenfalls im Koalitionsvertrag enthaltenen, angestrebten Strukturverbesserungen ihren Eigenanteil beitragen muss.*

2. die Organisationsänderung ist politisch gewollt, politisch umsetzbar (durch Kabinettsbeschluss) und, wenn man will, so jeder Beteiligung von Berufs- oder der Personalvertretungen entzogen

3. da uns IM Gall zusicherte, dass

⇒ *sich die Polizei selbst umorganisieren dürfe*
⇒ *seine einzige Vorgabe sei, die Basisdienststellen zu stärken*
⇒ *eine breite Akzeptanz Voraussetzung sei*

gab es für die GdP keinen Grundgrundsätzlich dagegen zu sein. Ganz im Gegenteil, wir haben zugesagt, die Reformanstrengungen konstruktiv kritisch zu begleiten, weil wir eine Chance sahen und sehen, Verbesserungen für die Basis und die Fläche zu erreichen.

4. die GdP hat ihre Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Strukturreform von Anfang an definiert:

⇒ *nur sinnvolle Veränderung*
⇒ *Optimierung der Personalressourcen*
⇒ *Sozialverträgliche Umsetzung*
⇒ *Personelle Stärkung der Basis*
⇒ *Bündelung von Kompetenz*
⇒ *Bindung der „Gewinnabschöpfung“*

5. Nun hat die Arbeitsgruppe von Polizeixperten und – praktikern (keine Politiker oder Unternehmensberater) ihre Eckpunkte vorgestellt. Der Entwurf

⇒ *schlägt einen 5-säuligen Aufbau, 4 Präsidien und LKA, vor die als unverrückbare Eckpfeiler gesehen werden und direkt den IM unterstellt sind*
⇒ *enthält viele kleinteilige Vorschläge, die sicherlich noch diskutiert werden müssen und können*
⇒ *enthält lediglich ein paar wenige Hinweise zur sozialverträglichen Umsetzung jedoch ohne weitere Konkretisierung*
⇒ *lässt ausdrücklich „Feinjustierung“ zu*

6. Erst jetzt kommen die Berufsvertretungen (der HPR war nicht beteiligt, sondern lediglich der Vorsitzende qua Amt), alle möglichen Experten, die Politik und andere Verwaltungsbereiche mit ins Boot. IM Gall hat ja zugesichert alle Betroffenen von Anfang an zu beteiligen.

7. Die GdP hat nun wiederum die Möglichkeit

⇒ *Sich zu verweigern (was andere lange Zeit getan haben)*
⇒ *Ihren, nach wie vor vorhandenen, politischen Einfluss zum Wohle der Kollegen/innen einzusetzen*
⇒ *In der laufenden Diskussion das Bestmögliche (Optimale) heraus zu holen*

Dazu müssen

⇒ *Die Eckpfeiler und*
⇒ *die Sozialverträglichkeit klar definiert werden*
⇒ *Die neue Struktur rasch festgelegt und bekannt gegeben und*

Fortsetzung von Seite 2

Die Grundzüge der GdP und was manche daraus machen!

**Polizeistrukturreform:
Von Rüdiger Seidenspinner**

⇒ Chancen und Risiken abgewogen werden

Dies kann aber nur eine starke GdP, eine starke Solidargemeinschaft. Heckenschützen, Besserwisserei und Schuldzuweisungen schwächen nur unsere Verhandlungsposition und damit die Chancen auf eine gute und akzeptable Lösung

8. Für die GdP beginnt jetzt die eigentliche Arbeit. Am bisherigen Findungsprozess waren wir nicht beteiligt (im Gegensatz zu anderen). Wir haben von Anfang an konstruktiv kritische Begleitung zugesagt und sind nun selbst vom Ergebnis überrascht. Wir müssen jetzt das Ergebnis

⇒ *In unseren Gremien analysieren und diskutieren*

⇒ *unsere Expertengruppen einbinden*

⇒ *Arbeitsgruppen einberufen*

⇒ *Begriffe definieren und Grenzen abstecken*

Was sind unverrückbare Eckpfeiler?

⇒ Wo und wie weit kann nachjustiert werden?

⇒ Was ist sozialvertraglich - für uns heißt das mindestens

- Altersprogramm
- Grundsätzlich wird niemand gegen seinen ausdrücklichen Willen versetzt
- Wenn dann zumutbare und sozial abgestufte Um-/Versetzungen
- Beteiligung der Personalvertretung

⇒ Was ist Basis und Basisarbeit? Die kann sich nicht ausschließlich auf Streifen- und Revierdienst reduzieren. Nach unserem Verständnis gehört auch die alltägliche Ermittlungsarbeit z.B. bei der Kriminalpolizei und im Verkehrsbereich dazu, aber auch Kommunal-Prävention

und Einstellungsberatung.

⇒ Wie muss ein "Sockel" vor Ort aussehen

⇒ Und, und, und ...

9. Wir erwarten von allen eine konstruktive Mitarbeit und dass sie ihre Befindlichkeiten klar und deutlich äußern

Die GdP wird die Ängste der Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen, sie aufgreifen und dorthin weiterleiten, wo sie Gehör finden und Abhilfe geschaffen werden kann. Dazu brauchen wir Eure Hilfe und nicht die von Leuten, die uns jahrelang kritisiert, geschnitten ja sogar bekämpft haben und uns nun sagen wollen, was unsere Aufgabe ist. Das wissen wir schon selbst.

Wir werden, wie angekündigt, unsere Gremien in die Beratung einbeziehen, denn am 07. und 08.03.2012 tagt der "Kleine Delegiertentag" - der Gewerkschaftsbeirat der GdP, der sich ausführlich mit den Risiken und Nebenwirkungen, aber auch den Chancen auseinandersetzen wird.

Unser Hauptaugenmerk liegt auf dem Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen also auf der sozialverträglichen Umsetzung - nur so wollen und können wir "Verlierer" vermeiden. An "Türschild- und Briefkopfdiskussionen" werden wir uns sicherlich nicht beteiligen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bemerkung muss ich noch los werden:

Wenn 2005 all die, die sich jetzt so lautstark zu Wort gemeldet haben, auch in den Medien geäußert hätten, wären keine 212 Polizeiposten geschlossen, also wirklich Polizei aus der Fläche abgezogen worden - und damals aus rein wirtschaftlichen Gründen.

Und noch etwas möchte noch klarstellen:

Der HPR-Vorsitzende war in der AG vertreten. Er hat dem Gre-

mium keinerlei Bericht über die Diskussion erstattet. Das sind Fakten und die Rechtsgrundlage ist eine andere.

Wir werden weiterhin in aller Ruhe diese Strukturdiskussion begleiten, uns nicht von vermeintlicher Hektik anstecken lassen und die Sorgen und Nöte unserer Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen. Purzelbaumpolitik und "Ich weiß alles besser - Mentalität" hilft keinem. **Erst der „Schweinsgalopp“, dann „Wo die Chefs sitzen, ist dem Beamten egal“ und nun doch dagegen und vielleicht ein bisschen dafür hilft wenig.**

Wir wissen um unsere Chance, und werden sie nutzen um diese unsere Polizei ein Stück weiter zu bringen.

Mit Euren Fragen, Anregungen, Ängste, Befindlichkeiten könnt ihr Euch jederzeit mit dem Betreff: "Struktur" an mich wenden.

Ich verbleibe euch mit solidarischen Grüßen

Rüdiger Seidenspinner

... und bitte, tut mir einen Gefallen und geht nicht jeder Pressemeldung oder sonstigen Veröffentlichung auf den Leim. In den nächsten Wochen ist Sachlichkeit gefragt.

Auf den nachfolgenden Seiten einige Gedanken von Kollegen zum Eckpunktepapier, denn nur die Diskussion und der Gedankenaustausch hilft uns weiter!



Strukturreform der Polizei Baden-Württemberg

**- eine erste persönliche Bewertung aus der Sicht eines Kriminalbeamten -
Von Gundram Lottmann, Beisitzer Kripo im Landesvorstand**



Vorwort:

Diese Zusammenfassung ist eine erste Bewertung der vorgelegten Ergebnisse der Kommission „Strukturreform der Polizei Baden-Württemberg“.

Es werden nur die Ausführungen zur möglichen zukünftigen Struktur der Kriminalpolizei analysiert und bewertet.

Die nachfolgenden Ausführungen stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar und sollen dem interessierten Leser als Diskussionsgrundlage zur Meinungsbildung dienen.

Einführung:

Für die Strukturreform der Polizei BW wurde von Innenminister Reinhold Gall lediglich eine einzige Vorgabe gemacht:

„Mehr Präsenz in der Fläche“.

Nach der Reorganisation der Polizei im Jahr 2000 (u. a. Wegfall der Ebene der „Abteilungen“), einer Polizeipostenstrukturreform 2004 (Auflösung von 208 Polizeiposten) und zuletzt der Verwaltungsreform 2005 (u. a. Eingliederung der LPD`en in die Regierungspräsidien und Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes) soll sich die Polizei erneut verändern und modernisieren. Nachdem alle Veränderun-

gen bei der Polizei immer als Erfolg mit großem Mehrgewinn für die Organisation dargestellt wurden, sind anscheinend doch Defizite erkannt worden, weshalb diese Strukturreform auf den Weg gebracht wurde.

Ergebnisoffen aber kritisch werden nachfolgend die vorgelegten und angeregten Vorschläge einer zukünftigen Polizeistruktur, bezogen auf die Kriminalpolizei, analysiert und bewertet.

Wesentliche Ergebnisse für die Kriminalpolizei:

Kriminalpolizeidirektion als Leitungsebene mit acht verrichtungszentralisierten Kriminalinspektionen und objektzentralisierten Kriminalkommissariaten in der Fläche. Die Struktur mit 8 Kriminalinspektionen ist aus meiner Sicht ausschließlich am Führungspersonal des höheren Dienstes ausgerichtet. Das PP Stuttgart hat bereits eine in der Strukturreform angestrebte Stärke und kommt mit 3 Kriminalinspektionen aus!

Mögliche Struktur der zukünftigen Kriminalpolizeidirektion:

Leiter Kriminalpolizei ist gleichzeitig ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten und mit der Wahrneh-

mung der Fachaufsicht der Kriminalitätsbekämpfung innerhalb des Polizeipräsidiums zuständig.

Die Aufgaben der Führungsgruppe einer Kriminalpolizei werden durch die Leiter der Kriminalinspektionen wahrgenommen. Eine Untergliederung der Kriminalinspektionen in Dezernate wird als zwingend angesehen. Hierbei sollte eine landeseinheitliche Regelung mit einheitlichem Geschäftsverteilungsplan gefunden werden. Das Verwenden von Argumenten für eine „Sachbearbeiterkarriere“ bei der Kriminalpolizei und das Suggestieren einer solchen sollte nicht weiter verfolgt werden. Nach der Reorganisation der Polizei im Jahr 2000 und der jahrelang versprochenen und nie umgesetzten „Sachbearbeiterkarriere“ bei der Kriminalpolizei ist dieser Begriff negativ belegt und ein Reizwort innerhalb der Belegschaft der Kriminalpolizei. Die weitere Verwendung dieses Begriffes in polizeilichen Pamphleten wird als Provokation empfunden und niemand schenkt diesen Aussagen noch Glauben. Eigenständige und mit klarem Aufgabenzuschnitt versehene Dezernate sind leistungsstark und die Identifikation mit seinem Zuständigkeitsbereich mit hohem Spezialisierungsgrad ist motivieren-

Leiter KI 1 = stellvertretender Kripoleiter	Leiter KI 2	Leiter KI 3
Fallbezogene Ermittlungen	Personenbezogene Ermittlungen	Zentrale Aufgaben
Dezernat 1.1 Kapitaldelikte, Brände und Amtsdelikte	Dezernat 2.1 Rauschgiftkriminalität	Dezernat 3.1 KDD, Fahndung
Dezernat 1.2 Raub- und Eigentumsdelikte	Dezernat 2.2 Bandendelikte, Organisierte Kriminalität	Dezernat 3.2 Kriminaltechnik, Erkennungsdienst
Dezernat 1.3 Wirtschaftskriminalität, Zentrale Finanzermittler	Dezernat 2.3 Politisch motivierte Kriminalität	Dezernat 3.3 Cyberkriminalität, Digitale Beweismittel
Dezernat 1.4 Sexualdelikte	Dezernat 2.4 VP-Führung, ZIA (einschließlich Auswertung OK, Staatsschutz)	Dezernat 3.4 Datenstation, Aktenhaltung
Dezernat 1.5 Jugendkriminalität		

Fortsetzung von Seite 4

Strukturreform der Polizei Baden-Württemberg - eine erste persönliche Bewertung aus der Sicht eines Kriminalbeamten -

der als große „Mammut- Inspektionen“ mit vielen Aufgabenvermischungen (Stichwort: corporate identity).

Für die Bekämpfung der mittleren und schweren Kriminalität muss der Generalist dem Spezialist weichen und die jahrelang verfolgte „Tausendsassa-Mentalität“ abgelegt werden. Nicht jeder kann alles und eine sinnlose Rotation muss dem Anspruch einer zukunftsorientierten und dem polizeilichen Gegenüber angepassten Professionalisierung weichen.

Wesentliche Optimierung der Schlagkraft der Kriminalpolizei unter Auflösung der Kriminalaußenstellen und die Verschmelzung mit den Kriminalinspektionen bzw. Kriminalkommissariaten.

Eine Zentralisierung der vorhandenen Ressourcen wird als notwendig erachtet. Jedoch muss bei den regionalen Standortentscheidungen berücksichtigt werden, dass lange Anfahrtsstrecken mit hohen Kosten im Bereich des Fuhrparks, insbesondere Treibstoffkosten, verbunden sind. In diesem Zusammenhang wird auf die prekäre Haushaltssituation Ende 2011 verwiesen, bei der die PD-Leiter Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Dienstfahrzeugen aussprachen.

Landesweite Einführung eines Kriminaldauerdienstes im Wechselschichtdienst

Die Einführung eines Kriminaldauerdienstes im Wechselschichtdienst wird befürwortet. Jedoch muss aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Beamten der Kriminalpolizei das hierzu erforderliche Personal auf freiwilliger Basis sozialverträglich rekrutiert werden. Eine Personalzuweisung von der Schutzpolizei wird hierfür erforderlich sein.

Bedarfsabhängige Einrichtung und Ausgestaltung von Kriminalkommissariaten

Eine in der Fläche vertretene Kriminalpolizei ist für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung dringend erforderlich. Mit dem Auflösen von Kriminalaußenstellen und Zentralisierung von Kriminaldienststellen



darf kein Vakuum vor Ort entstehen. Die Gewährleistung von Bürgernähe, verbunden mit tatortnaher und tatzzeitnaher Kriminalitätssachbearbeitung sollte hierbei beachtet werden.

Für alle geplanten Strukturmaßnahmen innerhalb der Kriminalpolizei muss zwingend eine Stellenerhöhung durch Zuweisung von Stellen der Schutzpolizei erfolgen.

Die aktuell zur Kriminalpolizei abgeordneten Beamten der Schutzpolizei (z. B. bei der Fahndung, Zentrale Kriminaltechnik, Rauschgiftfahndungstrupps, ZIA usw.) müssen hierzu in Stellen der Kriminalpolizei umgewandelt werden. Aufgrund der hohen Spezialisierung und entsprechendem Anforderungsprofil bei der Kriminalpolizei ist eine gesonderte Stellenbewertung und Stellenzuweisung für die Kriminalpolizei erforderlich. Regelbeförderungen sollten in Betracht gezogen werden, da eine alleinige Ausrichtung nach Beurteilungskriterien zu kurz greift.

Resümee:

Mehr Bürgernähe und Wirtschaftlichkeit der polizeilichen Arbeit waren die Zielvorgaben der Reorganisation der Polizei BW im Jahr 2000. Professionelle Polizeiarbeit hat sich am Bürger und seinen Sicherheitsbedürfnissen zu orientieren und muss die vorhandenen Personalressourcen optimal einsetzen. Durch die Reorganisation sollen u. a. Basisdienststellen gestärkt, Hierarchien abgebaut

und Stäbe verschlankt werden.

Diese Sätze stammen vom ehemaligen Landespolizeipräsidenten Erwin Hetger.

Obwohl die Reorganisation der Polizei in Baden-Württemberg erst 12 Jahre zurück liegt, sieht die Landesregierung erneut Handlungsbedarf, die Polizei neu zu strukturieren mit fast identischen Zielvorgaben. In einem Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 17.06.2011 mit der Überschrift „Ärger über den CDU-Club der Polizeiführer“ heißt es: „Grün-Rot diagnostiziert unter Spitzenbeamten im ganzen Land einen Parteifilz und lenkt dagegen“.

Als Garant und Hüter der inneren Sicherheit eignet sich die Polizei nicht als Spielball politischer Machtverhältnisse. Vielmehr werden von den politischen Verantwortungsträgern Engagement und Durchsetzungswille erwartet, um die Polizei in Baden-Württemberg personell und materiell in die Lage zu versetzen, dass sie bürgernah ihre Aufgaben erfüllen kann.

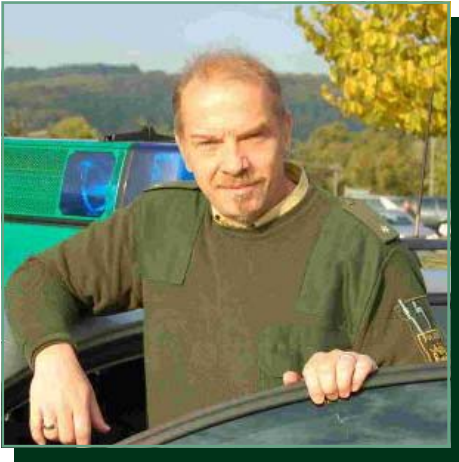
Ob es hierzu einer Strukturreform bedarf, wird die Umsetzung der vorgelegten Ergebnisse zeigen. Den Erfolg der Reform wird man daran messen, wie viel Personal tatsächlich im operativen Bereich bei der Polizei vor Ort mehr vorhanden sein wird als vor der Reform.

Gundram Lottmann

Polizeistrukturreform:

Die Autobahnpolizei wird wieder geopfert!

Von Rainer Oettinger, GdP-Autobahnpolizeikommission



Zum zweiten Mal innerhalb von sieben Jahren wird die Autobahnpolizei des Landes zur Schlachtbank geführt! Mit der Verwaltungsreform aus dem Jahre 2005 wurden den Autobahnpolizeireviere die Direktionen, und somit die einheitliche Führung, jegliche Koordination und damit die gesamte gemeinsame, zielgerichtete Arbeit auf den baden-württembergischen Autobahnen weggenommen.

Koordinierungsstellen bei den ohnehin künftig wegfallenden Landespolizeidirektionen erwiesen sich als Papiertiger. Die Integration in die Flächen-PD'en misslang weitgehend, weil sich die Arbeit der Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei grundlegend von den Tätigkeiten der Streifendienste in der Fläche unterscheidet. Aus diesem Grunde waren die Autobahnpolizeireviere ständig das "5. Rad am Wagen" und bestenfalls gern gesehene Notfallreserve für die unter Personalnot leidenden Flächenreviere.

Während Innenminister Gall in seiner Podcast-Ansprache an die Polizeibediensteten ganz eindeutig erklärt, dass es **keine** Eingriffe in die Struktur der Polizeireviere geben wird, ist im Eckpunkte-Papier ebenso eindeutig festgelegt, dass die Dienstgruppen (Wechselschichtdienst) der Verkehrspolizei / Autobahnpolizei **direkt** der Direktion Verkehrspolizei

unterstellt werden sollen. Koordinierende Maßnahmen sollen ggf. durch die Dienstgruppenführer wahrgenommen werden.

Eine Umsetzung dieser Vorschläge aus dem Eckpunktepapier hätte zur Folge, dass bei den Autobahnpolizeireviere die gesamte Leitung samt Führungsgruppe, das Geschäftszimmer und der Ermittlungsdienst wegfallen würden. Damit wären die Autobahnpolizeireviere faktisch aufgelöst!

Leider ist zu befürchten, dass weder dem Innenminister noch dem von ihm eingesetzten hochrangigen Expertengremium die Arbeit auf der Bundesautobahn hinreichend bekannt ist.

Die Tätigkeit auf der Autobahn unterscheidet sich in vielen Punkten, von der Ausbildung, der Ausrüstung bis hin zur wichtigen langen Erfahrung der Beamten/innen von der der Streifendienste und auch der Verkehrspolizei. Sowohl der Einsatz von "Revierbeamten" auf der Autobahn, als auch der Einsatz von "Autobahnpolizisten" in der Fläche (z.B. bei Haus- und Familienstreitigkeiten, Melder-Alarmen etc.) ist aufgrund fehlender Routine immer problematisch, oftmals sogar gefährlich. Eine Vermischung dieser Tätigkeitsbereiche sollte daher auf ein absolut unumgängliches Mindestmaß reduziert bleiben.

Die Tätigkeit der Autobahnpolizei ist eine "Spezialaufgabe", die mit hoher Effizienz dann landesweit geleistet werden kann, wenn sie auch landesweit geführt und kooperiert wird. Ebenso wie die Wasser-schutzpolizei, für die ähnliche Grundvoraussetzungen gelten, sollte die Autobahnpolizei -inklusive des BAB-Fahndungsdienstes- mit einer Autobahnpolizeidirektion im künftigen "Präsidium Einsatz" geführt werden. Nur so ist eine landesweit einheitliche, effiziente Arbeit auf den Bundesfernstraßen gewährleistet, die mit Stau- und Baustellenmanagement, verkehrsleitenden Maßnahmen, koordinier-

ten Fahndungsaktionen usw. weit über das "Tagesgeschäft" der Verkehrskontrollen und der Unfallaufnahme hinausgeht.

Wie auch bei der Wasserschutzpolizei oder der Hubschrauberstaffel sollte für die Autobahnpolizei eine einzige Stelle, die Autobahnpolizeidirektion, Ansprechpartner sowohl für das Innenministerium und das Präsidium Einsatz, als auch für externe Stellen (Bürger, Transportunternehmer etc.) sein.

Mit der Eingliederung einer Autobahnpolizeidirektion in das "Präsidium Einsatz" wäre die Überwachung des internationalen Verkehrs in Baden-Württemberg "zu Lande, zu Wasser und in der Luft" in einer Hand!

Für eine Korrektur der derzeit vorliegenden Reformvorschläge sollten wir uns mit allem Nachdruck einsetzen! Wir sollten uns wehren gegen eine Reform, die nach 2005 schon wieder einseitig und über die Maße hinaus die Autobahnpolizei trifft, weil diese weder eine politische Lobby, noch einen kompetenten Vertreter in der "Projektgruppe Polizeistruktur" hat.

Rainer Oettinger



Polizeistrukturreform:

Viele Leserbriefe erreichten die Redaktion

Hier die ersten Leserbriefe ungekürzt

Hallo meinen lieben Freunde,

Zunächst einmal etwas provokatives, oder auch nicht:

1. Einen Blick in den Spiegel dient zur Selbstreflektion
2. die Arbeit (Service am Bürger/ Kunden) bleibt bestehen

Nach eingehendem Studium des Eckpunktepapiers sowie ein nochmaliger Blick in unser GdP-Strategiepapier stimmt mich dies hoffnungsvoll. Zumindest ich finde mich in großen Teilen unseres Strategiepapiers (S 5 "Ziel muß es sein..."; S. 20-28, S. 40-45 - Polizeitechnikamt-) wieder und darauf bin ich als GdP-Gewerkschafter besonders stolz. dies haben wir, unsere Gewerkschaft der Polizei, erreicht und sonst niemand.

Auf Seite 8 des Eckpunktepapiers steht im letzten Satz ...möglichst sozialverträglich umsetzen

Auf Seite 13 steht ebenfalls ganz unten steht die Akzeptanz der Beschäftigten, Informationen (Risiko).

Seite 18 -Beteiligungsverfahren- u.a. die GdP mit Hinweis auf das Strategie-spiel sowie unsere ausdrückliche Zustimmung LDT 09./10.Nov. 11.

Dieses Eckpunktepapier wurde durch die Polizei selbst erstellt. Bei Draufsicht der Mitglieder in der Projektgruppe sowie des LA bin ich angenehm über das Ergebnis überrascht. Was nicht überrascht ist auch die Tatsache, dass die große Anzahl der Mitglieder im hD sich im Ergebnis nicht selbst ein Bein stellen (menschlich).

Das dieses Eckpunktepapier (deshalb heißt es auch Eckpunkte) nicht in die Feinjustierung gegangen ist, ist für mich selbstredend. Hier, und genau hier liegt es jetzt an uns, wir der GdP, die Schwächen/Problemfelder etc. deutlich aufzuzeigen. Im Bereich der Kriminalpolizei



sollten wir ruhig und sachlich aber genauso engagiert mit dem Papier umgehen wie mit unseren täglichen Fällen.

Eine genaue Beleuchtung unserer jeweiligen Situation in unseren derzeitigen Strukturen ist sinnvoll und wichtig. Genauso wichtig ist aber auch, an dieses Papier sachlich heranzugehen und gute, stichhaltige und mit harten Fakten unterlegten Daten zu arbeiten. Dies kann, ja ich bin überzeugt, wird auch Grundlage sein, für eine sinnvolle Umsetzung in der Feingliederung für die Kriminalpolizei. So hat die GdP, seit ich dabei bin (seit Sept. 1972) immer (na ja, fast immer) gearbeitet.

Bei unserer kleinen PD FR mit ca. 1200 Mitarbeiter(innen) sind bei der KP viele im BDK. Die Stimmung ist sehr unterschiedlich. Von Gelassenheit bis Verärgerung von Zustimmung und vorsichtigem Optimismus ist alles vorhanden. In mehreren Gesprächen stellte ich allerdings eine polizeitypische (oder auch nicht) Verhaltensweise immer wieder fest. Erst einmal nicht das Papier lesen aber darüber reden oder nachschwätzen. Dinge ungeprüft übernehmen usw. Spreche ich die Koll. jedoch konkret darauf an, wird die Sache doch deutlich

klarer und ich habe bisher erreicht, dass jetzt erst mal das Eckpunktepapier gelesen wird.

Nochmal, die Feinjustierung wird und muss vorgenommen werden. Jeder Koll./jede Koll. in seinem Bereich hat dazu die Möglichkeiten. Wir haben sie über unsere GdP (denn wir sind die GdP).

Ganz entscheidend ist doch für alle Beschäftigten die, wie bereits erwähnte S. 8, ..möglichst sozialverträglich umsetzen..

Dann stellen wir uns den anderen damit zusammenhängenden anderen Aufgabenfelder.

Ich davon überzeugt, dass ich weiterhin mein Gehalt und meinen Arbeitsplatz behalte (Blick über den Tellerrand/ freie Wirtschaft). Auch wird mein Arbeitsplatz nicht weltfremd entfernt sein (sozialverträglich). Gemeinsam sollten wir jetzt die Feinjustierung angehen

- a) Anzahl der Inspektionen unter Verzicht auf Dezernierung
- b) Wegfall der KAST.

Fortsetzung von Seite 7

Polizeistrukturreform:

Viele Leserbriefe erreichten die Redaktion

Hier die ersten Leserbriefe ungekürzt

c) geografische Besonderheiten usw.

Nicht beteiligen werde ich mich an Diskussionen im Zusammenhang mit Erfahrungen des hD. Dazu brauchen wir knallharte Fakten. Nur auf Grundlage von harten Fakten ist auch ein Innenminister zugänglich (denke mal, dass gilt übrigens auch für jeden von uns).

Harald Steinhart

Weil ich die Arbeit der Kriminalpolizei seit 1981 kenne erlaube ich mir einige Anmerkungen bzw. Anregungen:

Ziel der Umstrukturierung:

Ziel der ReOrg war es - so wie heute wieder - mehr Kollegen auf die Straße zu bekommen. Auf der Ebene der PD Ulm war ich 2000 als Dezernatsleiter und ÖPR-Vorsitzender in die örtliche Umsetzung der ReOrg eingebunden.

Durch die ReOrg kam mit absoluter Sicherheit kein einziger zusätzlicher Kollege in den Bereich der Ermittlungsarbeitstätigkeit der KP. Ich befürchte, dass dies auch bei dieser Umorganisation so sein wird.

Zukünftige Struktur mit 8 KI`en:

Es drängt sich für mich der Verdacht auf, dass dies in erster Linie dazu dient, Funktionsstellen für den höheren Dienst zu schaffen. In der Praxis habe ich negative Erfahrungen gemacht mit KI-Leitern und somit auch Soko-Leitern im höheren Dienst. Teilweise sind diese Kollegen blank jeglicher praktischer Ermittlungserfahrung.

Dieser Vorschlag, bei den PP`en 8 KI`en einzurichten, hat zwangsläufig zur Folge, dass sehr viele Funktionsstellen im geh. Dienst wegfallen. Leider hat mir die Erfahrung in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es Kollegen im h. Dienst

bei der KP sehr schnell Schaffen, motivierte und engagierte Kollegen zu demotivieren. Die Stärke der Kriminalpolizeilichen Arbeit - sehr motivierte Kollegen, die sich mit den einzelnen Fällen bzw. Opfern identifizieren - wird vermutlich nicht unerheblich negativ beeinflusst werden.

Deshalb spreche ich mich auch dafür aus, weniger KI`en und dafür mehrere Dezernate einzurichten. In deiner Übersicht hast du vermutlich bei der KI 1 und KI 2 die Aufgaben verwechselt (KI 1 fallbezogene Ermittlungen / KI 2 personenbezogene Ermittlungen)

An der großen Anzahl von KI`en kann ich - abgesehen für den H. Dienst - keine Vorteile erkennen. Im Gegenteil, dies entspricht in etwa der Struktur vor der ReOrg mit 8 bzw. 9 Dezernaten.

Bereits bei der ReOrg 2000 wurde das Ziel nicht erreicht, bei allen KP-Dienststellen dieselben Zuständigkeiten festzuschreiben. Auch heute noch ist z.Bsp. der Deliktsbereich Raub oder Staatsschutz bei verschiedenen KI`en angesiedelt. Wenn die zukünftigen PP`en personell ungefähr gleich sein sollen, muß auch die Zuständigkeit Landes einheitlich geregelt werden.

Positiv sehe ich, dass Staatsschutz bzw. polt. Motivierte Kriminalität eine separate KI oder Dezernat sein soll. (Dies ist derzeit in der KI 1 aber auch in der KI 2 ein "Fremdkörper")

Landesweite Einführung eines KDD:

Dies ist zu befürworten. Allerdings sollten auch in diesem Bereich landeseinheitliche Regelungen angestrebt werden.

Dies gilt insbesondere für folgende Fragestellungen:

- Frage der Endsachbearbeitung (wie z.Bsp. Todesermittlungsverfahren, bei denen Fremdeinwirkung auszuschließen ist)
- Übergabe bzw. rechtzeitige Ein-

bindung der zuständigen KP-Direktionen bzw. Kommissariate

- ausreichende personelle und logistische Ausstattung

Insgesamt muß dringend darauf geachtet werden, dass auch zukünftig junge Kolleginnen und Kollegen für die Tätigkeit bei der KP gewonnen werden können. (den vollkommen inhaltsleeren Begriff der Sachbearbeiterkarriere kann wirklich niemand mehr hören)

Herbert Kling



Regeln für Leserbriefe:

Die GdP aktiv nimmt gerne Leserbriefe auf, die als wichtiger Bestandteil unserer Publikation betrachtet werden. Leserbriefe enthalten eine persönliche Meinungsäußerung oder zusätzliche Informationen zu einem Thema, das die Leserschaft interessiert. Zuschriften sind generell an die Redaktionsadresse (redaktion@gdp-bw.de) zu richten. Ein Leserbrief (auch per Email) trägt die Unterschrift des Verfassers (Vorname, Name, Wohnort). Ausnahmen werden nur bei äußerst wichtigen Gründen gemacht. Bei der Einsendung ist immer die vollständige Adresse mit Tel.-Nr. anzugeben. Anonyme Schreiben werden nicht berücksichtigt. In der Regel werden in der GdP aktiv nur Zuschriften aus dem Leserkreis aufgenommen.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe zu redigieren und zu kürzen. Leserbriefe sind keine offenen Briefe und richten sich daher nicht an eine bestimmte Person oder einen Personenkreis. Sie dürfen weder polemischen Inhalt noch persönliche Angriffe enthalten. Auch private Fehden finden keine Aufnahme. Leserbriefe sind immer in der Schriftsprache und in Prosaform geschrieben. Der Inhalt eines Leserbriefes muss sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Trotzdem trägt letztere die rechtliche Verantwortung. Der Entscheid über die Veröffentlichung einer Einsendung liegt daher bei der Redaktionsleitung.

Redaktion
GdP aktiv

Strukturreform - Reutlingens Leitender Polizeidirektor Franz Lutz vertritt offensiv und optimistisch die neue Linie

Reutlingens Polizeidirektor ist für die Polizeireform

Quelle: VON HANS JÖRG CONZELMANN UND ULRIKE GLAGE, Reutlinger General-Anzeiger

REUTLINGEN. »Es ist anstrengend«, sagt Reutlingens Leitender Polizeidirektor Franz Lutz. Am vergangenen Mittwoch hat Innenminister Reinhold Gall die Eckdaten der Polizeireform bekannt gegeben, die Lutz als Mitglied der maßgeblichen Projektgruppe mitgestaltet hat. Ein hartes Stück Arbeit, dem jetzt das nächste folgt: Noch am selben Nachmittag startete Lutz die erste Informationsrunde für die betroffenen Mitarbeiter. Ob Stab, Kripo oder Verkehrspolizei: Nichts bleibt, wie es war.

Und alle wollen wissen, wo's künftig langgeht. Einige sehen eine Riesenchance in der Reform, sagt Lutz, der sie selbst sogar als historisch bezeichnet. »Überlagert wird aber alles von der Betroffenheit, 'wo arbeite ich künftig'«, schildert er die Reaktion.

Aus 37 Polizeidirektionen sollen zwölf Präsidien werden - und noch weiß keiner, wo die Standorte sind. Deshalb, sagt Lutz, »kann ich das nicht auflösen«. Doch er kann vor allem den Bürgern die Sorge nehmen, dass »ihre« Polizei vor Ort an Bedeutung verlieren könnte, sollte der Präsidiumssitz in eine andere Stadt kommen. »Präsidium« bedeutet: der oberste Chef (oder Chefin) nebst Vize, Stabsstellen, Führungs- und Einsatzstab, Verwaltung und einiges mehr. Doch dann kommt die entscheidende Untergliederung in drei »Direktionen«: Die Reviere, die am angestammten Ort bleiben und personell verstärkt werden, dazu die Kriminalpolizei und die Verkehrspolizei.

»Ich kann die Frage nach dem Standort jetzt noch nicht auflösen«

Die müssen aber mitnichten unter einem Dach zu einer Mammutbehörde zusammengefasst werden - was schon wegen der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten kaum möglich wäre. »Der präsidiale Kopf muss nicht am Standort der Kripo oder des Reviers sein«, nennt

Lutz ein Beispiel. Vielmehr sollen die Direktionen dort ihren Sitz bekommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden. So mache es beispielsweise wenig Sinn, die Kriminalpolizeidirektion in einer der neuen »Raumschaften« dorthin zu verlegen, wo am wenigsten los ist oder die Entfernungen am weitesten sind. »Es kann nicht sein, dass die Beamten, wenn sie zu einer Vernehmung fahren, eine Übernachtung einplanen müssen.«

Rein spekulativ könnte es also so laufen: Der künftige Präsident sitzt in einer Kreisstadt, seine Kriminalpolizei in einer anderen und die Verkehrspolizei an einem dritten Standort - all diese Bereiche zusammengenommen machen das neue »Präsidium« aus. Rechnerisch kommen 1 500 Bedienstete zusammen, aber eben nicht im »Mammutpräsidium«, sondern auf drei Standorte verteilt.

Die Reform mag interne Abläufe verändern, an der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung, so Lutz, rüttelt sie nicht: »Die Reviere nehmen 90 Prozent aller polizeilichen Aufgaben wahr, zehn Prozent die Spezialisten von der Kriminalpolizei - und daran ändert sich gar nichts.« Die Reviere - vier im Landkreis Reutlingen - bleiben vor Ort, die spezialisierte Verbrechensbekämpfung aber findet künftig zentral in der Kriminaldirektion statt.

Weil es aber, betont der Polizeichef, wenig Sinn mache, von den örtlichen Gegebenheiten geprägte Deliktsbereiche wie Jugendkriminalität zentral anzusiedeln, wird es an jedem Standort ein eigenes Kriminalkommissariat geben. Die Kriminalpolizeidirektionen sind künftig für Mord und Totschlag, Wirtschaftsdelikte, Organisierte Kriminalität und ähnlich dicke Fische zuständig. Die Kommissariate dagegen sollen sich weiterhin zum Beispiel um Rauschgiftkriminalität, Eigentumsdelikte oder Betrug kümmern. Denn das, so Franz Lutz, »muss bürgernah erfolgen«.



Reutlingens Polizeidirektor Franz Lutz hat die Eckdaten der Strukturreform mitgestaltet. Er sieht darin eine historische Chance. FOTO-Quelle: Markus Niethammer

»Wir werden alle unseres Amtes enthoben«

Die Befürchtung von Landräten und Bürgermeistern, ihnen könnten mit der Zentralisierung der Polizeidirektionen die Ansprechpartner abhandkommen, teilt der Polizeichef nicht. So bleibe man etwa im Bereich der Prävention - ob mit Jugendverkehrsschulen oder Einbruchschutz - »natürlich« vor Ort. Auch strategische Präventionsprojekte wie »Hand in Hand« werde es weiterhin geben. »Wir verteilen ja schon heute Aufgaben nach regionalen Gesichtspunkten«, stellt er klar. Und nennt ein Beispiel: Ordnungsstörungen werden zwischen Stadt und Revieren verhandelt. »Da ist der Stab seit eh und je außen vor.«

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Kommunalspitze sieht Lutz auch weiterhin als notwendig und ungefährdet an. Die »Flughöhe« des künftigen Polizeipräsidenten, der ja drei oder vier Landkreise zu vertreten habe, werde sich naturgemäß verändern - nach oben. »Netzwerke werden weiter gepflegt, aber dann sieht man den Landrat oder Oberbürgermeister eben seltener persönlich.«

Fortsetzung von Seite 9

Strukturreform - Reutlingens Leitender Polizeidirektor Franz Lutz vertritt offensiv und optimistisch die neue Linie

Reutlingens Polizeidirektor ist für die Polizeireform

Quelle: VON HANS JÖRG CONZELMANN UND ULRIKE GLAGE, Reutlinger General-Anzeiger

Anstrengend sind diese Tage für Franz Lutz auch deshalb, weil er einigen Kollegen erklären muss, dass ihre Führungsfunktion wegfällt. Die Reform, so effektiv sie auch sein mag, zerstört so manchen Lebensraum. Wenn Stäbe oder Dezernate wegfallen, fallen auch Chefposten weg. Das gilt auch für seinen eigenen. »Wir werden alle unseres Amtes enthoben«, sagt Franz Lutz.

Zwar bringt die Reform einige wenige neue Leitungsfunktionen, aber das Gros wird ersatzlos gestrichen. So nämlich lautete das Ziel: Lutz und seine Mitstreiter in der Arbeitsgruppe mussten »Hierarchieebenen und die Anzahl der Dienststellen reduzieren«.

Die Polizeireviere und die Kriminalpolizei indes werden mit 650 Polizeibeamten und 240 Tarifbeschäftigten verstärkt. Den Pessimismus der Basis, der auch in Bayern laut wurde, »dass sowieso nichts unten in den Streifendien-

ten ankommt«, sieht Lutz als unbegründet an. Denn die Polizei hat zwar mit ihrer Altersstruktur ein Riesenproblem. Doch das kann nun zum Glücksfall werden. Beträgt das Durchschnittsalter der Bevölkerung 42 Jahre, so ist die älteste Streifenwagenbesatzung im Land fast 50 Jahre alt - also deutlich älter als die Menschen im Land.

Lutz erinnert an die große Pensionierungswelle, die in den nächsten Jahren zu rollen beginnt. 1 000 Beamte gehen Jahr für Jahr in den Ruhestand, 1 200 junge Kollegen werden in diesem Jahr neu eingestellt und kommen an die Basis. Dort nämlich soll die Reform greifen - in der Verstärkung der Reviere und Posten auf dem flachen Land, dem Herzstück der Polizei.

Es gehen also in den nächsten Jahren viele Polizeibeamte in Führungs- und Stabsfunktionen in den Ruhestand, die dort nicht mehr ersetzt werden müssen. Stattdessen

kommen die für die Pensionäre neu eingestellten jungen Kollegen zu den Polizeireviere. »Deshalb ist die Wirkung der Reform erst in vier, fünf Jahren zu sehen.«

»Die Wirkung ist erst in vier, fünf Jahren zu sehen«

Die Angst alt gedienter Kollegen, künftig wieder auf Streife geschickt zu werden, wo sie doch jahrelang Stabsfunktionen erfüllt haben, oder Tarifbeschäftigter, womöglich in Teilzeit, die künftig längere Anfahrtsstrecken zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen sollen, hält Lutz ebenfalls für unbegründet. Wer wechseln muss, darf mitreden. Das Instrument, das angewendet wird, nennt sich sperrig »Interessenbekundungsverfahren« und meint nichts anderes als »sozialverträgliche Umsetzung unter Mitbestimmung der Beschäftigten und der Personalvertretung«.

(GEA)

GdP Web-Tagung in Fulda:

Redakteure trafen sich nicht nur zum Erfahrungsaustausch

Seit der letzten Web-Tagung hat es auch einige technische wie personelle Veränderungen rund um das GdP-Web gegeben; Gründe genug, dass die Web-Redakteure der Landesbezirke sich in Fulda zur Tagung trafen. Die GdP Bund hat ein umfangreiches Programm zusammengestellt, das Vergangenes, Aktuelles und Zukünftiges gleichermaßen umfasst. Neben einem Rückblick auf den Layout-Wechsel der Länder-Homepage und einem ausführlichen Meinungsaustausch über den Stand unseres GdP-Webs gab

es auch einen Ausblick auf zukünftige Projekte, darunter die Einbindung der Kreisgruppen in das gemeinsame Erscheinungsbild der GdP-Web-Familie. Fester Bestandteil der Tagung war die praktische Arbeit mit der Homepagegestaltung. Neu dazu gekommen und künftiger Webredakteur ist Robert Silbe. Er übernimmt ab sofort



Robert Silbe (links) und Thomas Mohr (rechts) bei der Tagung.

diesen Bereich, den zuvor unser Kollege Hans-Jürgen Kirstein inne hatte.

Sein Vertreter ist weiterhin Thomas Mohr.